

Zweiter Krisenherd Europa?

Seit dem Frühherbst starrt die Weltwirtschaft wie gebannt auf das Schauspiel, das man in Amerika „Rezession“ zu nennen beliebt. Bekanntlich hat man nach dem Kriege so viel von Vollbeschäftigung geredet, daß man schließlich selber an deren Automatik zu glauben begann. Davon ist keine Gedankenrichtung unserer Zeit verschont geblieben — weder die Liberalen noch die Christlich-Sozialen, weder die Sozialisten noch die Gewerkschaften. Dem Nichtfachmann verhalf dabei zu dieser Illusion die Tatsache, daß die bisherigen Konjunkturrückschläge in der Nachkriegszeit — 1949 und 1953 in den USA, 1952 die Textilkrise, 1953/54 die Montankrise in Europa — relativ mild verlaufen waren.

Rezession oder Depression in den USA?

Nun aber hat der amerikanische Rückschlag in diesem Frühjahr Dimensionen angenommen, die auch für den flüchtigen Zeitungsleser nicht mehr übersehbar erscheinen. Anfang Mai lag die Industrieproduktion um fast ein Fünftel unter der vergleichbaren Zeit des Vorjahres — mit einer Indexziffer von 131 statt 161. Die Kohlenförderung war zum selben Zeitpunkt um mehr als ein Drittel abgesunken, die Rohstahlproduktion um nahezu 45 vH. Dem entsprach der Rückgang der Kraftwagenherstellung um etwa 40 vH bis Mitte Mai. Die Zahl der Arbeitslosen hatte im März mit 5,2 Millionen einen bisher ungeahnten Höchststand erreicht; mißt man sie an der Zahl der Beschäftigten, ohne die in der Landwirtschaft Tätigen — und das scheint berechtigt, weil die Arbeitslosen in der Landwirtschaft praktisch nicht erfaßt werden —, so entspricht diese Zahl bereits einer Arbeitslosenquote von 9 vH.

. Alle Beobachter halten ängstlich nach Wiederbelebungsstendenzen Ausschau. Soweit bisher etwas davon zu verzeichnen war, ist dies kaum über die normalen Frühjahrsbelebungen hinausgegangen. Ja, in wichtigen Branchen der Vereinigten Staaten ist eigentlich noch gar nichts von einer Konjunkturbelebung zu spüren. Die Auftragseingänge der Maschinenindustrie zum Beispiel, die einen strategischen Schlüsselpunkt in der Konjunkturentwicklung einnimmt, entsprechen kaum einem Drittel dessen, was im Jahre 1956 erreicht wurde. Im Eisenbahnwesen hat der Rückschlag zu Gewinnschrumpfungen, Defiziten, Teilstilllegungen und Verzweiflungszusammenschlüssen geführt, in der Luftfahrt zu einer erheblichen Verringerung der Rentabilität führender Gesellschaften.

Man wird damit rechnen müssen, daß die Arbeitslosigkeit mit der Schar der Schulentlassenen im Frühsommer die Ziffer von 6 Millionen übersteigt. Wenn man bisher eine Arbeitslosenzahl bis zu 4 vH im Rahmen der USA-Wirtschaft, die seit jeher eine besonders hohe Fluktuationsarbeitslosigkeit infolge starker Neigung zum häufigen Wechsel des Arbeitsplatzes zeigt, noch als mit der Vollbeschäftigung vereinbar bezeichnete, so wird man das ganz bestimmt bei einer zehnprozentigen Arbeitslosigkeit nicht mehr tun können. Es ist auch ein schwacher Trost, wenn im März dank des Abschlusses neuer Rüstungskontrakte die Neuaufträge in der verarbeitenden Industrie nur noch um 100 Millionen Dollar abgesunken sind (nach Berichtigung der saisonalen Schwankungen errechnet!). Auch das kaum spürbare Ansteigen des Beschäftigungsniveaus im April kann noch keinen entscheidenden Umschwung bedeuten, wenn man bedenkt, daß im gleichen Monat, der eigentlich saisonale Belebungen bringen sollte, der industrielle Produktionsindex nochmals um 2 Punkte fiel.

. Das war zwar eine gewisse Verlangsamung des Rückschlages gegenüber den Vormonaten, in denen ein Abstieg um drei Punkte die Regel blieb. Auch die Tatsache, daß die Güterwagengestellung und einige Produktionsindizes im Mai nicht mehr tiefer rollten, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß dies im wesentlichen auf saisonale Einflüsse zurückzuführen sein dürfte. Allerdings — die Spekulation am Aktienmarkt geht fröhlich weiter; aber gerade die Tatsache, daß die Durchschnittskurse heute viel höher aus-

fallen im Verhältnis zu den tatsächlichen Gewinnmöglichkeiten, als dies beispielsweise in der gleichen Etappe der Rückschlagsperiode 1953/54 der Fall war, läßt die Sorge aufkommen, daß die Amerikaner sich hier wieder einmal zu Tode spekulieren¹⁾. Zwei Dinge bleiben als düstere Warnzeichen: Zwar haben die Lagerbestände der Industrie seit dem Herbst um knapp 5 vH abgenommen; aber die Umsätze sind viel schärfer zurückgegangen, so daß das Verhältnis zwischen Lagerbeständen und Umsätzen Ende März ungünstiger war als in dem Moment, da der Lagerabbau einsetzte.

Sodann sind die Neuzugänge an Aufträgen, generell in der Industrie, weit hinter den Umsätzen zurückgeblieben, und die Auftragsbestände sind daher noch im März weiter zurückgegangen. Dies gilt ganz besonders für die Bauindustrie, die im ersten Vierteljahr umfassende Rückgänge in der Zahl neu abgeschlossener Bauverträge aufzuweisen hat. Man könnte das Bild noch etwas vervollständigen, wenn man darauf hinweist, daß die durchschnittliche Arbeitszeit in der verarbeitenden Industrie im April weiter abgesunken ist, womit sich die ganz leichte Belebung im Beschäftigungssektor wieder annulliert. Und schließlich gibt es düstere Beobachter, die in der Schrumpfung der Heiratsziffer seit September nicht ganz zu Unrecht einen guten Maßstab für die Zukunftsangst der breiten Masse sehen.

Was die Arbeitslosenziffer in den USA ernster macht, als dies der bloßen Zahl nach aussehen mag, ist die Tatsache, daß diese Arbeitslosigkeit sich ungleichmäßig verteilt und daß sie gleichzeitig ein schärferes soziales Problem bedeutet, als dies in Europa der Fall wäre. Im nördlichen Gürtel der USA gab es bereits im April sechs Staaten, in denen mehr als ein Zehntel der Versicherten arbeitslos war. In zweien dieser Staaten (Montana und Michigan) war rund ein Siebtel der Versicherten arbeitslos. Fast eine halbe Million Arbeitslose konzentrieren sich in diesem letzteren Staat, der die Automobilhauptstadt Detroit beherbergt.

Zum anderen ist die Arbeitslosenunterstützung vielfach sowohl der Zeit als auch der Höhe nach sehr verschiedenartig bemessen. Sie schwankt zwischen drei Dollar und wenigen Wochen Dauer in einigen Südstaaten und hohen Beträgen, die den realen Wochenlohn eines europäischen Arbeiters übersteigen, in einigen Staaten des Nordens, wie z. B. in New York mit 45 Dollar je Woche. Im Schnitt allerdings läuft die Arbeitslosenunterstützung überall relativ früh aus: Heute schon hat eine Dreiviertelmillion Menschen ihr Recht auf Arbeitslosenunterstützung verwirkt, und bis Weihnachten dürfte diese Zahl auf mindestens 2,5 Millionen anschwellen. Das Zurückdrängen dieser Menschen auf persönliche Ersparnisse, Hilfe ihrer Familienangehörigen und allgemeine Wohlfahrtsleistungen muß selbst in einem reichen Lande sozialen Explosivstoff liefern.

Hinzu kommt, daß ein wohlgemeinter Versuch der Demokratischen Partei zur Ausdehnung der Bundeshilfe für Arbeitslose von den Republikanern abgeschlagen wurde. So gibt es nur einige Zusatzleistungen des Bundes in besonders krassen Fällen.

Verminderte Konjunkturabhängigkeit Nordwest-Europas

Das alte Scherzwort, wonach ein Schnupfen für Amerika den Europäern eine Lungenentzündung brächte, hat sich in den ersten Nachkriegsjahren glücklicherweise nicht bewahrheitet. 1949 konnte man geradezu sagen, daß Amerika an unserem Zopf aus dem Sumpf gezogen wurde: denn damals wurde der Rückschlag jenseits des großen Teiches weitgehend kompensiert durch den raschen Aufschwung in einer Reihe europäischer Länder, nicht zuletzt in dem unsrigen. 1953/54 hatte sich aber schon ein bedrohlicher Gleichklang herausgestellt, wobei allerdings die fortdauernde Verbrauchskonjunktur in Europa und speziell in Deutschland die Montankrise übertönen half, die zur gleichen Zeit auch noch durch die Schaffung der Montanunion mindestens zum Teil gestoppt wurde. Heuer hat sich aber der Gleichklang der Konjunkturentwicklung auf beiden Seiten des

1) Vgl. den Artikel des Verfassers „Das Gespenst der Krise“, in den Gewerkschaftlichen Monatsheften, Februar 1954.

Atlantik, wie er zum mindesten seit der Krise von 1907/08 die Regel war, wiederum deutlich herauskristallisiert.

In Großbritannien und in den skandinavischen Ländern stagniert die Produktion; das hat zum mindesten auf den Britischen Inseln dazu geführt, daß der Zuwachs an jungen Arbeitskräften nicht mehr absorbiert werden konnte. So stieg in Großbritannien zwischen März 1957 und März 1958 die Zahl der Arbeitslosen von 363 000 auf 433 000. Im April hat sich dann in der strategisch entscheidenden Stahlindustrie ein Absturz der Produktion um nahezu 6 vH gegenüber dem Vormonat eingestellt; damit lag die Stahlerzeugung um 5 vH unter der Ziffer von April 1957. Bei Roheisen beträgt der Rückgang gegenüber dem Vorjahr sogar 7 vH. Bis dahin war die britische Stahlindustrie weitgehend von der Automobilindustrie und dem Export abgestützt worden; der letztere ist aber nun um etwa ein Fünftel geringer als zur Vorjahrszeit, und die anderen binnenländischen Abnehmer, mit Ausnahme der Automobil- und Elektroindustrie, hatten schon seit Jahresanfang in ihrer Nachfrage deutlich nachgelassen. In den Beneluxländern dagegen hat das Gespenst der Krise bereits seinen knöchernen Fuß auf europäische Gestade gesetzt. In den Niederlanden lag die Industrieproduktion im Februar um rund 5 vH, in Belgien im März sogar um 7 vH unter dem Vorjahrsniveau. In beiden Beneluxländern hatte sich die Arbeitslosigkeit gegenüber der gleichen Vorjahrszeit nahezu verdoppelt; in den Niederlanden gab es Ende März 134 000, in Belgien 204 000 Arbeitslose.

Warnzeichen in der Bundesrepublik

Die Situation der deutschen Wirtschaft ist in dieser Zeitschrift laufend begutachtet worden. Man kann sich somit auf einige kurze Hinweise beschränken.

Der Dezember 1957 hatte ein erstes Warnzeichen gebracht mit der Erhöhung der Arbeitslosenzahl um rund 150 000 gegenüber der gleichen Vorjahrsziffer. Dann aber blieb die saisonale Frühjahrsbelebung aus, und im März lag die Arbeitslosigkeit sogar um rund 400 000 über dem Vorjahrsniveau. Dabei betraf dieser Zuwachs fast ausschließlich Männer, d. h. also weitgehend Familienvorstände. Erst im April kam es zu einer relativen Belebung speziell im Bausektor, die dann die Arbeitslosenquote in etwa auf das Vorjahrsniveau herunterdrückte. Das ist aber nur auf die Zunahme der Zahl der Erwerbspersonen zurückzuführen; eine leichte absolute Erhöhung bleibt nach wie vor. Somit hat dieses Warnzeichen wieder an Aktivität verloren — wobei fraglich bleibt, ob das für die geistige Atmosphäre in der Konjunkturpolitik sehr nützlich sein wird. Gewiß; die Produktionsindizes klettern weiter, wenn auch langsamer als in der Vergangenheit. Das gilt jedenfalls für die Masse der Investitionsgüterindustrie und für die gesamte Industrie. Im Bergbau haben wir das Anwachsen der Haldenbestände; in der eisenschaffenden Industrie lag der Produktionsindex im März um etwa 4 vH unter der Vorjahreszahl. Und daneben gibt es noch weite Einzelbereiche, die ein deutliches Abflauen aufzuweisen haben. Im Monat Februar galt dies vorübergehend sogar für die strategisch so entscheidenden Bereiche des Maschinenbaus und der Feinmechanik. Der Stahl- und Waggonbau läßt schon seit einiger Zeit zu wünschen übrig, und bei einzelnen Verbrauchsgütern — speziell Textil — war schon seit Jahresbeginn ein deutlicher Abstieg festzustellen. Der Schwerpunkt des Produktionsrückganges liegt jedoch in der Bauwirtschaft: Das Bauhauptgewerbe hatte im März eine Schrumpfung um fast 30 vH aufzuweisen, während seine Zulieferindustrie — Steine und Erden — nicht weit hinter dieser Einschränkung gegenüber dem Vorjahr zurückblieb. Zwar macht sich in beiden Bereichen eine leichte Steigerung im Frühling bemerkbar; aber das Entscheidende war doch, daß der übliche saisonale Aufschwung fast völlig ausgeblieben ist.

Gleichzeitig setzt die Schrumpfung der Auslandsnachfrage ein; im März hatten wir zum erstenmal seit dem Februar 1953 einen Rückgang der Ausfuhr gegenüber dem gleichen

Vorjahrsmonat. Damit zeigt sich nach Feststellung der Bank deutscher Länder deutlich, daß nun nach einem Rückgang der Auftragseingänge, der bereits fast ein Jahr lang läuft, auch das bestehende Exportvolumen in Mitleidenschaft gezogen wird.

In engem Zusammenhang mit der Schrumpfung der Auslandsnachfrage, aber auch, mit dem Rückgang von Massengutimporten steht die rapide Verschlechterung der Situation in den deutschen Seehäfen. So hatte z. B. der Hafen Emden im April 1957 728 000 Tonnen, im April 1958 dagegen nur noch 472 000 Tonnen umgeschlagen. Allein von März auf April dieses Jahres verringerte sich die Erzeinfuhr um 42 000 Tonnen; in dieser Zeit ergab sich für Emden ein Umschlagsrückgang von 15 vH, für den Importhafen Brake von 28 vH und für Flensburg gar um 43 vH. Hamburg, das schon im Gesamtjahr 1957 mit Antwerpen das Schicksal eines dreiprozentigen Umschlagsrückgangs teilte, hat im April im Vergleich zum selben Vorjahrsmonat rund 60 000 Tonnen weniger. Zeitweilig lagen über hundert Seeschiffe auf; im Weltmaßstab machte die aufgelegte Tonnage rund 6 Millionen Bruttoregistertonnen (etwa 5,5 vH der Welthandelsflotte) aus:

Der Hafensektor spiegelt nur zum Teil die Lage in der Verkehrswirtschaft. Die Bundesbahn hatte im März/April eine um 10 bis 12 vH verringerte Güterwagenstellung gegenüber dem Vorjahre; die Auslastung der einzelnen Waggonen war gleichfalls verringert. Anfang Mai lagen im Rhein-Ruhr-Gebiet über 600 Binnenschiffe ohne Ladung. Der Güterfernverkehr mit Lastkraftwagen behauptete zunächst sein Vorjahrsniveau; im Februar zeigte er dann jedoch auch einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr, und zwar bei der beförderten Gütermenge um 9 vH, nach Tonnenkilometern um 7 vH.

Überkapazitäten in der deutschen Industrie

Bedeutsamer als die Schrumpfung der Auftragseingänge und zum Teil sogar der Produktionsziffern ist jedoch zunächst ein anderer Tatbestand, auf den das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, in einer Untersuchung²⁾ Ende Mai hingewiesen hat. Danach sind in weiten Industriebereichen ganz erhebliche Oberkapazitäten entstanden. Die Folge war, daß die Ausnutzung des Bruttoanlagevermögens der westdeutschen Industrie schon seit Ende 1956 eine Tendenz zum Absinken zeigt. Wenn z. B. die Investitionsgüterindustrie im letzten Vierteljahr 1955 noch einen Ausnutzungsgrad von 117 (1954 = 100) zeigte, so sank dieser Ausnutzungsgrad im vierten Vierteljahr 1956 auf 105, im vierten Quartal 1957 auf 102 und 1958 schließlich auf 97 Punkte. Fast ebenso stark ging auch der Ausnutzungsgrad in den Verbrauchsgüterindustrien zurück. Im Bergbau und in der Grundstoffindustrie zeigte sich zwischen dem Höhepunkt im dritten Vierteljahr 1955 mit 107 Punkten und dem Frühjahr 1958 mit 92 Punkten ebenfalls ein bedeutsamer Rückgang des Ausnutzungsgrades. Einzig und allein die Nahrungs- und Genußmittelindustrien liegen heute noch mit ihrem Ausnutzungsgrad über den Vorjahren. Das Institut hat bereits vor einigen Monaten die Befürchtung geäußert, daß die Verbrauchsgüterindustrie eine Tendenz zur Investitionseinschränkung zeigt.

Das ist eine besonders gefährliche Entwicklung. Als im Jahre 1953 die Zuwachsrate in der Produktion der Investitionsgüterindustrie bereits einmal eine Tendenz zum Nachlassen zeigte — damals speziell im Maschinenbau —, war es der Aufschwung in der Verbrauchsgüterindustrie, der die Konjunkturentwicklung allgemein hochriß. Dieser Aufschwung basierte damals auf den Impulsen, die vor allem auch in einigen Rentenerhöhungen dem Masseneinkommen zuteil geworden waren. Man hätte erwarten sollen, daß im Zeichen der Rentenreform ähnliche Impulse spürbar geworden wären. Offenbar sind aber die verbrauchsanregenden Wirkungen, die zweifellos von der relativen Erhöhung der Renteneinkommen ausgegangen sind, durch eine Reihe anderer Faktoren kompensiert worden.

2) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht Nr. 22, Berlin, 30. Mai 1958.

Wenn das Deutsche Institut für Konjunkturforschung nüchtern feststellt, daß seit einem halben Jahr die Nachfrage nach Industrieerzeugnissen in wachsendem Maße hinter dem Vorjahrsniveau zurückbleibt und sich diese Nachfrageschrumpfung seit Jahresbeginn ständig verstärkt, so ist diese Tatsache keineswegs allein — wie man in offiziellen Zirkeln vielfach wahrhaben will — auf die Schrumpfung der Auslandsbestellungen zurückzuführen. Im Gegenteil: Auch die Inlandsnachfrage zeigt, wie das Institut betont, eine deutliche (wenn auch weniger ausgeprägte) Rückgangstendenz. Es läßt sich also voraussehen, daß in absehbarer Zeit die zunehmende Last der Überkapazitäten absolute Produktionsschrumpfungen mit sich bringen wird. Dies wird in um so stärkerem Maße der Fall sein, je weniger ein Durchbruch zur Mengenkonzunktur mit Hilfe rechtzeitiger Preisnachlässe gelingt.

Nun hat die Regierung in letzter Zeit mit ihrer versöhnlichen Haltung gegenüber der Industrie im Rahmen des Kartellproblems kaum Anhaltspunkte dafür gegeben, daß sie einer solchen Mengenkonzunktur die konjunkturell notwendige Förderung zuteil werden lassen will. Ohnehin dürfte es für einen solchen kartellpolitischen Druck zu spät sein. Es ist also anzunehmen, daß wir in gewissem Umfange sicherlich mit einer eigenen „Rezession“ zu rechnen haben.

Darauf deutet auch die Entwicklung der Auftragseingänge. Zwar zeigen die absoluten Auftragseingänge, beispielsweise in der Investitionsgüterindustrie, noch keine wesentliche Veränderung. Im konjunkturell wichtigsten Bereich, dem Maschinenbau, ist jedoch bei einem Vergleich zwischen Auftrags- und Umsatzentwicklung seit Februar eine deutliche Verschlechterung eingetreten. In den Grundstoffindustrien ist dieses Mißverhältnis zwischen Auftragseingang und Umsatz schon seit August spürbar. In der Verbrauchsgüterindustrie allgemein verlief die Entwicklung mindestens bis zum Oktober etwa auf derselben Ebene wie in den Vorjahren. Seitdem aber sind die Auftragseingänge bei ungefähr gleichbleibendem Umsatz stark abgefallen. Speziell in der Textilindustrie ist jedenfalls schon seit September festzustellen, daß die Auftragseingänge gegenüber dem Umsatzniveau mehr und mehr zurückbleiben.

Europäisch-amerikanische Wechselwirkung?

Es erhebt sich also die Kardinalfrage: Kann man heute noch davon sprechen, daß die Parallelität zwischen der Konjunktorentwicklung in Europa und in den Vereinigten Staaten nicht mehr gegeben sei? Man kann das nicht! Im Gegenteil: Es besteht die offensichtliche Gefahr, daß der Konjunkturabschwung in den Vereinigten Staaten selbst dann, wenn er eine gewisse Abflachung erfahren sollte, inzwischen von autonomen Konjunkturückgangstendenzen in der europäischen Wirtschaft neue Impulse erhält. Mit anderen Worten: Es kann passieren, daß der amerikanische Schnupfen doch zum mindesten zu einer Erkältung im europäischen Bereich Anlaß geben kann, daß aber diese Erkältung nur dazu dient, um die Aktivität ohnehin vorhandener Bazillen aufzustacheln. Das Endergebnis wäre, daß wir zwar eine weitgehend nationaleuropäische Lungenentzündung bekämen, die dann aber ihre Ansteckungstendenzen wiederum über den großen Teich husten würde.

Ist dieses Bild zu düster gezeichnet? Viele sogenannte nüchterne Beobachter der Wirtschaftslage dürften zur Zeit dazu neigen, eine solche Frage zu bejahen. Man möchte in diesen Chor gern einstimmen, wenn nicht schon seit längerem eine Reihe von Faktoren auf dem Weltmarkt darauf hindeuten würden, daß sich eine ganze Anzahl von Elementen des Konjunkturückschlages der dreißiger Jahre erneut deutlich abzeichnen³⁾.

Wenn man eine solche Befürchtung schonungslos ausspricht, so stößt man dabei auf zwei Arten von Widerständen. Da ist zunächst einmal der Kreis derer, die da meinen, eine solche graue Konjunkturbeurteilung in gewerkschaftlichen Kreisen müßte doch eigentlich auf die gesamte Gewerkschaftspolitik zurückstrahlen. Eine solche Meinung hat z. B.

3) Vgl. Artikel „Wende der Weltkonjunktur?“ in den Gewerkschaftlichen Monatsheften, Dezember 1957.

Herr *Platow* in seinen bekannten Informationsbriefen zu Beginn dieses Jahres den Gewerkschaften zu suggerieren versucht, und zwar unter Hinweis auf unseren Artikel vom Dezember 1957. Nun macht eine Schwalbe bekanntlich noch keinen Sommer, und der einzelne Konjunkturbeobachter kann nichts anderes tun, als seine individuelle Interpretation zu geben.

Andererseits ist nicht zu leugnen, daß sich auch selbst in manchen gewerkschaftlichen Kreisen so etwas Ähnliches wie ein Anklammern an die Hochkonjunktur zeigt, so etwa nach der Parole, daß nicht sein kann, was nicht sein darf!

Akzentverlagerung in der Gewerkschaftspolitik

Sagen wir es zunächst einmal offen heraus: Welchen Sinn hätte es, wenn die Gewerkschaftsbewegung, oder die Arbeiterbewegung überhaupt, etwa als Letzte auf dem Feld der Gläubigen übrigblieben, die die Kräfte der Selbsterhaltung unseres Gesellschaftssystems und seine Fähigkeit zur automatischen Selbstüberwindung von Krankheitssymptomen bis zu dem Augenblick bedingungslos bewundern, da dem Götzen unter Umständen wieder — zum soundsovielten Male — die tönernen Füße brechen?

Ein solche Haltung wäre sicherlich in keiner Weise wünschenswert. Noch niemals hat die Vogel-Strauß-Politik irgendeiner Gruppe genützt. Das hat sich deutlich genug in der Vergangenheit gezeigt: Wenn man beispielsweise einmal die Spalten der in der Weimarer Republik führenden Zeitschrift der Sozialdemokratie, der von Hilferding redigierten „Gesellschaft“ durchblättert, so wird man feststellen, daß sich damals die Partei der Kritiker des Kapitalismus erst ungefähr ein Jahr nach Beginn der großen Wirtschaftskrise zu der Erkenntnis durchzuringen begann, der Kapitalismus funktioniere nun plötzlich nicht mehr. Man möchte der Arbeiterbewegung insgesamt wünschen, daß eine solche Situation sich diesmal nicht wiederholt.

Hinter der Weigerung, gewisse Zeichen des Konjunkturrückganges als Menetekel zu würdigen, steht vielleicht ein wenig die Angst des Gewerkschaftspraktikers vor dem dann veränderten Lohnverhandlungsklima. Natürlich ist es in Zeichen der Hochkonjunktur leichter, der Arbeitgeberseite Konzessionen abzurufen. Aber wenn sich herausstellen sollte, daß diese Zeiten allmählich ihrem Ende zuneigen, muß man dann etwa die Hände in den Schoß legen? Beileibe nicht! Nur eines kann sich ergeben: daß nämlich die gewerkschaftliche Aktivität eine gewisse Akzentverlagerung erfahren muß.

Diese Akzentverlagerung kann in vielerlei Formen geschehen. So wird beispielsweise die bisherige Tendenz zur globalen, branchenweiten Tarifverhandlung einer individuelleren Abwägung gegenüber der Situation einzelner Branchen und auch einzelner Firmen Platz machen müssen. Des weiteren wird man sich über die Zusammenhänge zwischen Preisentwicklung und Mengenkonjunktur auch auf gewerkschaftlicher Seite mehr Gedanken machen müssen als bisher; vielleicht muß man sogar die eine oder andere, im starren Kartellpreisdanken zu sehr befangene Industrie erst auf die Vorteile einer flexiblen Preispolitik — gerade zur Sicherung der Arbeitsplätze! — aufmerksam machen und ihr damit zu ihrem eigenen Glück verhelfen . . .

Sodann aber ergeben sich allgemeine gewerkschaftspolitische Konsequenzen für die Gewerkschaftsbewegung. Es mag ihre Aufgabe werden, generell einer größeren Geschmeidigkeit des Wirtschaftssystems das Wort zu reden. Und endlich — last not least — werden die Gewerkschaften positive Gedankenbeiträge zu der Frage zu liefern haben, wie und in welchem Augenblick sowie in welcher Form etwas für die Belebung und Aufrechterhaltung des Konjunkturniveaus getan werden kann. Welche neuere Gesichtspunkte im einzelnen in der Gewerkschaftspolitik angesichts des veränderten Konjunkturkurses in den Vordergrund zu treten haben, kann im Rahmen dieser Darstellung nicht im Detail geklärt werden; die Beantwortung dieser Frage ist mehr Sache des Gewerkschaftspolitikers als des Konjunkturanalytikers, der lediglich gewissenhaft die Sachlage zu konstatieren hat.

Wir wollen hier keineswegs einseitig bestimmten Theorien das Wort reden, um die in der Wirtschaftswissenschaft noch immer gerungen wird. Man würde sich die Aufgabe sicherlich zu leicht machen, wollte man von gewerkschaftlicher Seite einseitig einer Kaufkraftsteigerung das Wort reden, die dann im Sinne der Unterverbrauchslehre das Allheilmittel für die Konjunkturabstützung sein würde. Sicherlich muß nicht nur der Nachfragerregelung, sondern auch der Kostenentwicklung angemessene Aufmerksamkeit geschenkt werden. Das heißt aber nicht, daß man nun etwa ins entgegengesetzte Extrem fallen und lammfromm auf jegliche Steigerung des Lohnniveaus verzichten sollte. Vielmehr bieten sich im Arsenal der modernen Konjunkturpolitik eine ganze Reihe von Instrumenten, die eine Fortdauer der Expansion selbst beim Einbruch größerer Gewitterwolken sichern könnten. Dabei braucht man beileibe nicht zum Allheilmittel der Militärausgaben zu greifen, deren sichere inflationäre Wirkung uns zur Zeit Frankreich mit seinem Algerienabenteuer vorexerziert. Wenn irgendwo einmal Gefahren für die Währung entstanden sind, dann war das so gut wie regelmäßig bedingt durch Rüstungstendenzen oder Kriegsausgaben.

Es ist an der Zeit, daß man auch im deutschen Raum einmal andere Mittel einsetzt. Einer der Schwerpunkte der Krisengefahr liegt bei uns im Baugewerbe. Allein der Straßenbau ist kaum zur Hälfte seiner Kapazität beschäftigt. Hier bieten sich schon — nicht zuletzt mit dem Blick auf das Verkehrschaos — umfangreiche Ansatzmöglichkeiten für eine aktive Konjunkturpolitik. Damit ist keinesfalls gesagt, daß diese nun etwa schon morgen beginnen sollte. Daß das nicht sein kann, dafür sorgt schon der unverwüstliche Optimismus unseres Wirtschaftsministers. Denn hat bisher die offizielle deutsche Konjunkturpolitik etwa erkennen lassen, daß sie wirksamere Methoden in Anwendung bringt als die bewußte Zurschaustellung des rosenroten Optimismus, der die Investitionsneigung anregen soll? Mit tibetanischen Gebetsmühlen, die immer dieselbe Formel klappern, wird man das Gespenst der Krise nicht beschwören! Das wird bestärkt durch die warnenden Worte, die das Internationale Arbeitsamt in seinem Bericht an den Verwaltungsrat Anfang Juni an die Regierungen der Welt gerichtet hat: Die Krisengefahr erscheint ernster als zu irgendeiner Zeit seit 1929.